



**Yvonne Feri**  
Ihre Stimme für Kinder  
und Gesundheit

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 27. September 2019

**Bericht aus der Session – Nummer 32**  
**Rückblick auf die Herbstsession**

Geschätzte Damen und Herren,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Volle Sessionswochen liegen hinter uns. Und nun ist sie also vorbei, die letzte Session der Legislatur. Welche Kolleginnen und Kollegen werden auch im Dezember hier politisieren? Wer hat ein anderes Amt inne? Wer zieht sich aus der Politik zurück? Gesprächsstoff gab es genug und viele standen unter Zeitdruck. Denn neben der regulären Session war die Agenda von vielen auch immer wieder mit Wahlkampagnen-Terminen gefüllt. Trotzdem blieb auch ein bisschen Zeit für persönliche Worte und Verabschiedungen.

Auch für mich persönlich waren die Wochen sehr anstrengend, da ich neben meinem Politalltag einerseits erneut für den Nationalrat kandidiere, aber andererseits eben auch für den Regierungsrat des Kantons Aargau. Auch für mich war die Zeit gefüllt mit Terminen und begleitet von Unsicherheit. Werde ich im Dezember Nationalrätin oder Regierungsrätin sein? Beide Ämter interessieren mich und ich wünsche mir sehr, weiterhin in der Politik eine aktive Rolle zu spielen und meinen Beitrag zu leisten.

Ein Geschäft lag mir in dieser Session besonders am Herzen: der Vaterschaftsurlaub. Braucht die Schweiz einen Vaterschaftsurlaub, resp. eine Vaterzeit? Und falls ja, wie lange soll er dauern? Das Thema war mir so wichtig, dass ich im Nationalrat dazu gesprochen habe. Mein Votum können Sie [hier](#) im Wortlaut nachlesen oder das Video der Rede anschauen.

Weitere ausgewählte Themen waren in dieser Session:

- Bildung
- Kinder
- Asyl



Detailliertere Texte dazu finden Sie auf den folgenden Seiten.

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri  
Nationalrätin SP/AG  
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz

PS: Mehr zu meinen Kandidaturen: [www.yvonneferi.ch](http://www.yvonneferi.ch)



27.09.2019

Aus dem Nationalrat

Bericht aus der Session

Nummer 32

Rückblick auf die  
Herbstsession...

**STELLENMELDEPFLICHT:** Der Bund wird sich künftig an den Kosten für die Kontrolle der Stellenmeldepflicht beteiligen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat die Gesetzesgrundlage dafür gutgeheissen. Die grosse Kammer stimmte mit 120 zu 56 Stimmen für die Bundesbeteiligung. Die Vorlage ist damit bereit für die Schlussabstimmung. Die Räte haben beschlossen, die Regelung bis Ende 2023 zu befristen. Dies ermögliche es dem Parlament, in vier Jahren die Rolle des Bundes beim Vollzug der Stellenmeldepflicht durch die Kantone zu überprüfen, befand die Mehrheit. Mit der Stellenmeldepflicht hatte das Parlament die Masseneinwanderungsinitiative der SVP umgesetzt.

*Kommentar: Öfters höre ich grosse Kritik an der Stellenmeldepflicht und an ihrer Umsetzung. Ich hoffe, dass wir mit den neuen Beschlüssen nun einen guten Weg eingeschlagen haben.*

**BILDUNG I:** Der Nationalrat will die Chancengleichheit in der Bildung verbessern. Er hat eine Motion seiner Bildungscommission angenommen. Der Bundesrat soll in der nächsten Botschaft zu Bildung, Forschung und Innovation (BFI) Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität vorsehen - der Benachteiligung auf Grund der sozialen Herkunft. Als Beispiele nannte die Kommission Massnahmen betreffend Stipendien, Weiterbildung oder Sprachförderung. Dass Kinder bildungsferner Eltern schlechtere Chancen hätten, sei erwiesen, hiess es im Rat. Über den Vorstoss muss noch der Ständerat befinden. Der Bundesrat stellt sich dagegen, weil er das Anliegen als erfüllt erachtet.

*Kommentar: Zuerst Geld investieren, dann profitieren!*

**ASYL:** Der Nationalrat hat 94,4 Millionen Franken für drei neue Bundesasylzentren bewilligt. Die SVP hatte sich erfolglos gegen die Kredite gewehrt und verlangt, auf mindestens ein Zentrum zu verzichten. Sie argumentierte mit den tiefen Asylzahlen und dem Entscheid des Bundes, zwei Asylzentren vorläufig stillzulegen. Asylzahlen schwankten, sagte Finanzminister Ueli Maurer. Die Infrastruktur müsse auf solche Schwankungen ausgelegt sein. Die drei Bundesasylzentren gehören zu den zivilen Bundesbauten, für die der Bundesrat dieses Jahr insgesamt 432 Millionen Franken beantragt. Weitere Vorhaben sind der Neubau von Verwaltungsgebäuden in Zollikofen BE oder Bauvorhaben beim Sportzentrum in Magglingen BE.

*Kommentar: Aktuell gehen die Zahlen der Menschen, die in der Schweiz Schutz und Sicherheit suchen, zurück. Trotzdem müssen wir bereit sein, falls sich die Situation in der Zukunft wieder ändert. Es wird wieder Phasen geben, wo mehr Menschen zu uns kommen werden.*

**KINDER:** Der Kanton Thurgau setzt Minderjährige auf die schwarze Liste der säumigen Prämienzahler. Die Kinder werden daher nur in Notfällen medizinisch versorgt. Damit verstösst der Kanton gegen die Kinderrechtskonvention. Das heisst es in der Antwort des Bundesrats auf eine



Frage aus der Fragestunde im Nationalrat. Die Zugangsbeschränkung zu medizinischen Leistungen bei Kindern stehe im Konflikt zur Kinderrechtskonvention, schreibt der Bundesrat. Betroffene könnten sich vor Gericht darauf berufen.

*Kommentar: Kindern den Zugang zu medizinischen Leistungen zu erschweren, ist ein beschämendes Vorgehen. Wollen wir eine Schweiz werden, die Kinder diskriminiert, deren Eltern die Prämien nicht zahlen?*

## Das ist ein weiser Vater, der sein eigenes Kind kennt. William Shakespeare

**VATERSCHAFTSURLAUB:** Väter erhalten nach der Geburt ihres Kindes künftig zwei Wochen bezahlten Urlaub. Nach dem Ständerat hat am Mittwoch auch der Nationalrat diesem Vorschlag zugestimmt. Der Entscheid fiel mit 129 zu 62 Stimmen bei einer Enthaltung. Der vierwöchige Vaterschaftsurlaub konnte im Parlament dagegen nicht bestehen. Wie

der Bundesrat empfiehlt eine Mehrheit die Initiative zur Ablehnung. Dieser Entscheid fiel mit 120 zu 67 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Ob die werden, wenn die Initiative an der Urne von Volk und Ständen abgelehnt wird oder wenn das Initiativkomitee sein Begehren zurückzieht. Im Parlament wird der Ruf nach grosszügigeren Elternzeitmodellen lauter.

*Kommentar: Ein erster Schritt ist getan. Ich freue mich darüber.*

**BETREUUNG:** Eltern von schwer kranken Kindern sollen einen bezahlten Betreuungsurlaub von bis zu 14 Wochen erhalten. Das hat der Nationalrat als Erstrat entschieden. Auch für die Pflege anderer Familienmitglieder, zum Beispiel betagter Eltern, will er bis zehn freie Tage im Jahr gewähren. Minderheitsanträge für einen längeren Betreuungsurlaub für Eltern respektive für weniger oder mehr Freitage für die Betreuung von Familienmitgliedern wurden abgelehnt. Der Nationalrat folgte am Montag fast durchwegs dem Bundesrat und hiess die Vorlage schliesslich mit 129 zu 48 Stimmen gut, bei 7 Enthaltungen. Die Nein-Stimmen kamen aus den Fraktionen der SVP und der FDP. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

*Kommentar: Dieses Geschäft ist sehr wichtig, denn es behandelt ein langjähriges Anliegen von Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Es ist ein Zeichen der Wertschätzung für Menschen die Freiwilligenarbeit leisten oder Angehörige pflegen. Endlich haben wir eine Vorlage, die im Nationalrat mehrheitsfähig war.*

### **Persönliche Vorstösse und Geschäfte in der Herbstsession:**

- 19.1051 Daten über die psychische Gesundheit von Kindern
- 19.4016 Sexuelle Gewalt an Kindern im Internet. Was macht das Bundesamt für Polizei?
- 19.4040 Gendersensible Risikoanalyse bei Waffenexporten
- 19.4210 Schlechterstellung der Frau bei Zugang zu Eisen-Medikamenten